

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Einführung und Begriffsbestimmungen

A. Problemstellung	19
I. Umweltschutz und Haftpflichtrecht	19
1. Haftungsausfüllung im Industriezeitalter	19
2. Synthese von Ausgleich und Vorbeugung	21
II. Einblick in denkbare Schadensbilder und -szenarien	23
III. Zum Ablauf der Untersuchung	26
1. Notwendigkeit der Skizzierung einiger Grundbegriffe, des umwelt-spezifischen Haftungsregimes sowie der Kernaussagen des Schadens-rechts	26
2. Ökologische Analyse des Schadensrechts	27
3. Einbezug des Umwelthaftungsgesetzes	29
IV. Aufsplitterung der Untersuchungsziele	30
V. Gründe für die Fokussierung der Arbeit auf das geltende Zivilrecht	31
B. Reflexionen über Begriff und Aufgaben der „Umwelt-Haftung“	33
I. Begriffssperplexität	34
II. Schadenssteuerung durch Umwelthaftung	39
1. Gewährleistung gerechten Ausgleichs	39
2. Umwelthaftung im Dienst der Prävention	40
a. Verhinderung zukünftiger Schäden	40
b. Internalisierung der Schadenskosten im Interesse von Effizienzförderung	41
III. Konsequenz: Zuweisung des Haftungsrisikos und Aufbürdung des entstandenen Schadens als Essentialien jedweder Zweck-erwägungen	44
C. Konturierung des Begriffs des ökologischen Schadens	45
I. Einige Anmerkungen zur Lehre der Ökologie	45
II. Begriffsverständnis dieser Untersuchung	47
1. Ausrichtung am Schädigungsobjekt	48
2. Ausrichtung an einer ökologisch relevanten Beeinträchtigung	48
a. Schadenschwelle und Phänomen der Regenerations-fähigkeit	49
b. Differenzierung	52
3. Zur Bedeutungslosigkeit einer Vorschädigung	58
III. Juristische Irr- und Umwege	59

1.	Das Mißverständnis von der Ausklammerung kommerzieller Aspekte	59
2.	Die Gefahr einer thematischen Begrenzung auf nicht griffige Kriterien	61
3.	Die Unzweckmäßigkeit einer vorschnellen Festlegung auf die Zuordnungsfähigkeit des Schutzobjekts	62
IV.	Zur Unergiebigkeit der Aussage des UmweltHG	63
D.	Der ökologische Ausgleich zwischen Fiktion und juristischer Interpretation.	64
I.	Ökologisch-fachliche Definition	64
II.	Juristischer Bestimmungsversuch	65
III.	Begriffsverständnis dieser Arbeit	66
E.	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des ersten Teils der Arbeit	68

Teil 2: Das private Umwelthaftungsregime de lege lata

A.	Systematik	75
I.	Beschränkung auf nationales Recht	75
II.	Aufteilung der Anspruchsgrundlagen	76
III.	Zur Interdependenz des UmweltHG zu den übrigen Gesetzen	76
B.	Ökologische Schäden im Brennpunkt des UmweltHG	77
I.	Exkurs: Das ökologische Anliegen des UmweltHG	78
1.	Der Fall „Sandoz“ als Trendsetter für eine ökologische Zeitströmung in der Rechtspolitik	78
2.	Risikowahrnehmung und neue Technologien	79
3.	Randnotizen zur Plausibilität und Funktionalität der gesetzgeberischen Leitgedanken	80
a.	Hintergrund	80
b.	Eigene Stellungnahme	82
II.	Ausgewählte Eckpfeiler des UmweltHG im Urteil der Rechtswissenschaft	86
1.	Dreigliedrigkeit des haftungsbegründenden Tatbestandes	86
2.	Zur Befremdlichkeit der Versagung von Beweiserleichterungen außerhalb des Bereichs von Störfällen	91
III.	Zur Rechtsfolgenseite bei § 1 UmweltHG	92

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Einführung und Begriffsbestimmungen

A. Problemstellung	19
I. Umweltschutz und Haftpflichtrecht	19
1. Haftungsausfüllung im Industriezeitalter	19
2. Synthese von Ausgleich und Vorbeugung	21
II. Einblick in denkbare Schadensbilder und -szenarien	23
III. Zum Ablauf der Untersuchung	26
1. Notwendigkeit der Skizzierung einiger Grundbegriffe, des umwelt- spezifischen Haftungsregimes sowie der Kernaussagen des Schadens- rechts	26
2. Ökologische Analyse des Schadensrechts	27
3. Einbezug des Umwelthaftungsgesetzes	29
IV. Aufsplitterung der Untersuchungsziele	30
V. Gründe für die Fokussierung der Arbeit auf das geltende Zivilrecht	31
B. Reflexionen über Begriff und Aufgaben der „Umwelt-Haftung“	33
I. Begriffssperplexität	34
II. Schadenssteuerung durch Umwelthaftung	39
1. Gewährleistung gerechten Ausgleichs	39
2. Umwelthaftung im Dienst der Prävention	40
a. Verhinderung zukünftiger Schäden	40
b. Internalisierung der Schadenskosten im Interesse von Effizienzförderung	41
III. Konsequenz: Zuweisung des Haftungsrisikos und Aufbürdung des entstandenen Schadens als Essentialien jedweder Zweck- erwägungen	44
C. Konturierung des Begriffs des ökologischen Schadens	45
I. Einige Anmerkungen zur Lehre der Ökologie	45
II. Begriffsverständnis dieser Untersuchung	47
1. Ausrichtung am Schädigungsobjekt	48
2. Ausrichtung an einer ökologisch relevanten Beeinträchtigung	48
a. Schadensschwelle und Phänomen der Regenerations- fähigkeit	49
b. Differenzierung	52
3. Zur Bedeutungslosigkeit einer Vorschädigung	58
III. Juristische Irr- und Umwege	59

1.	Das Mißverständnis von der Ausklammerung kommerzieller Aspekte	59
2.	Die Gefahr einer thematischen Begrenzung auf nicht griffige Kriterien	61
3.	Die Unzweckmäßigkeit einer vorschnellen Festlegung auf die Zuordnungsfähigkeit des Schutzobjekts	62
IV.	Zur Unergiebigkeit der Aussage des UmweltHG	63
D.	Der ökologische Ausgleich zwischen Fiktion und juristischer Interpretation.	64
I.	Ökologisch-fachliche Definition	64
II.	Juristischer Bestimmungsversuch	65
III.	Begriffsverständnis dieser Arbeit	66
E.	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des ersten Teils der Arbeit	68

Teil 2: Das private Umwelthaftungsregime de lege lata

A.	Systematik.	75
I.	Beschränkung auf nationales Recht	75
II.	Aufteilung der Anspruchsgrundlagen	76
III.	Zur Interdependenz des UmweltHG zu den übrigen Gesetzen	76
B.	Ökologische Schäden im Brennpunkt des UmweltHG	77
I.	Exkurs: Das ökologische Anliegen des UmweltHG	78
1.	Der Fall „Sandoz“ als Trendsetter für eine ökologische Zeitströmung in der Rechtspolitik	78
2.	Risikowahrnehmung und neue Technologien	79
3.	Randnotizen zur Plausibilität und Funktionalität der gesetzgeberischen Leitgedanken	80
a.	Hintergrund	80
b.	Eigene Stellungnahme	82
II.	Ausgewählte Eckfeiler des UmweltHG im Urteil der Rechtswissenschaft	86
1.	Dreigliedrigkeit des haftungsbegründenden Tatbestandes	86
2.	Zur Befremdlichkeit der Versagung von Beweiserleichterungen außerhalb des Bereichs von Störfällen	91
III.	Zur Rechtsfolgenrechtsseite bei § 1 UmweltHG	92

C.	Umweltrelevantes Haftungsrecht außerhalb des UmweltHG	93
I.	Inhalt des Anspruchs aus § 823 Abs. 1 BGB	94
II.	Inhalt des Anspruchs aus § 823 Abs. 2 BGB	96
III.	Inhalt des nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruchs aus § 906 Abs. 2 S. 2 BGB	97
	1. Zur Struktur: Die Norm als Korrelat der Duldungspflicht	97
	2. Zur Reichweite des Ausgleichsanspruchs.	98
	a. Begrenzung auf grundstücksvermittelte Schäden	98
	b. Begrenzung auf geldliche Billigkeitsentschädigung	99
IV.	Inhalt des bürgerlich-rechtlichen Aufopferungsanspruchs.	101
	1. Herleitung	101
	2. Zur Reichweite der „Aufopferung“	102
V.	Inhalt des Anspruchs aus § 14 S. 2 BImSchG	103
VI.	Inhalt des Anspruchs aus § 23 S. 2 GenTG	104
VII.	Inhalt des Anspruchs aus § 32 Abs. 1 GenTG	105
VIII.	Inhalt des Anspruchs aus § 22 WHG	105
IX.	Inhalt des Anspruchs aus § 1004 Abs. 1 S. 1 BGB	107
	1. Berührungspunkte und Kollisionsgefahren auf der Rechtsfolgen- seite	107
	2. Reichweite des Begriffs der Beseitigung	108
	a. Herkömmliche Auffassung	108
	b. Der abweichende Ansatz von Picker	110
	c. Abgrenzung in dieser Arbeit	111
X.	Inhalt weiterer Haftungsansprüche	113
D.	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des zweiten Teils der Arbeit	113

Teil 3: Rechtliche und tatsächliche Problemfelder bei der Festlegung von Art und Umfang der geschuldeten Ersatzleistung für ökologische Schäden

A.	Materiellrechtlicher Fundus	115
I.	Strukturoffenheit des allgemeinen Schadensrechts und daraus resultierende Fragenkreise	115
	1. Gesetzliche Vorgaben	116
	2. Der Einfluß rechtlicher Wertungen	116
II.	Die Beziehung des Schadens auf den Ersatzberechtigten	117
III.	Primäre Diskussionsfragen	118
B.	Variabilität des Eigentumsgegenstandes und Hinzunahme neuer Erschei- nungsformen	119
I.	Individualrechtliche Färbung des ökologischen Schadensbegriffs	119

II.	Zum Abstraktum der ökologischen Ausstattung eines Grundstücks	120
III.	Exkurs: Umweltökonomisches Privatisierungsmodell	121
IV.	Zur Reichweite des Schutzes der ökologischen Grundstücks- ausstattung vor Eigentumsverletzungen und Sachbeschädigungen	122
1.	Der Schutzbereich des Eigentums und ähnlicher Rechte	123
a.	Ausgangspunkt: § 903 S. 1 BGB	123
b.	Funktioneller Eigentumsschutz	124
2.	Zum Verständnis der Sachbeschädigung	125
a.	Diskussionsthemata	125
b.	Großzügige Begriffsauslegung	125
aa.	Anlehnung an das Deliktsrecht	125
bb.	Logische Sinnausdehnung	127
3.	Zuordnung der ökologischen Ausstattung zum Grundeigentumsrecht	127
a.	Zur Sachqualität von Umweltgütern	127
aa.	Boden, Luft und Wasser	127
bb.	Flora	129
cc.	Fauna	130
b.	Implikation wildlebender, standortgebundener Tiergesell- schaften	131
aa.	Grundmodell: Rechtsgedanke des § 960 Abs. 3 BGB . .	131
bb.	Faktische Verwendungsstörung des Grundstücks - Prägetheorie	133
V.	Zurückweisung unberechtigter Kritik	138
1.	Kritik	138
2.	Erwiderung	139
a.	Schutzverantwortung und Verbotsnormung	139
aa.	Vorhandene Eigentumsbeschränkungen	140
bb.	Grenzbereiche	142
b.	Zur Unteilbarkeit ökologischer Zusammenhänge	144
c.	Gesellschaftlicher <i>common sense</i>	144
d.	Exkurs: Zum Phänomen der „h. M.“	145
C.	Zur Reichweite des Anspruchs auf Naturalrestitution beschädigter oder zerstörter Umweltgüter	146
I.	Die interaktive Rolle der Lehre von der Restaurationsökologie	147
1.	Aneignung und Einbindung ökologischen Wissens	147
2.	Auffächerung der einzelnen Strategien	149
II.	Zur Normativierung des Prinzips der Naturalherstellung	150
III.	Ökologische Analyse der Leistungsfähigkeit der Naturalrestitution . . .	152
1.	Expansives Restitutionsverständnis	152
a.	Ökologische Funktionserfüllung	152
b.	Wirtschaftlichkeitspostulat	153
2.	Umfang der Pflicht zur gegenständlichen Herstellung bei Beschädigung eines Naturguts	153

3.	Umfang der Pflicht zur gegenständlichen Herstellung bei Zerstörung eines Naturguts	154
a.	Kein Entfallen der Ersetzungsbefugnis	154
b.	Surrogationslösung als „starting point“	155
c.	Zur Reichweite des substitutiven Herstellungsgedankens	156
d.	Konstruktion weiterer Argumentationsbrücken	158
e.	Funktionsbezogener Teilersatz an anderer Stelle: Orientierung an naturschutzrechtlichen Vorbildern	159
f.	Erhalt des Präventiveffekts	162
g.	Ökologische Folgenorientierung	163
4.	Zur Besonderheit einer dynamischen Betrachtungsweise der Naturalrestitution	165
5.	Faktische Hindernisse auf dem Weg zu einem adäquaten Ersatz	166
a.	Einwand der mangelnden Erfolgsaussicht	166
b.	Beweisproblematik	166
c.	Zum Faktor Zeit	167
6.	Ergebnis	168
IV.	Ökologische Analyse der Offenheit des Verhältnismäßigkeitsprinzips	168
1.	Zur Abhängigkeit des Anspruchs auf Naturalrestitution von dem ökologischen (Rest-)Wert der Sache	168
a.	Geltende Haftungssystematik: Grundgerüst	169
b.	Zur normativen Ausdehnung des Anwendungsbereichs	170
c.	Problemdarstellung	172
d.	Exkurs: Zum Zusammenspiel von § 251 Abs. 2 S. 1 BGB und § 1004 BGB	172
2.	Generelle Tendenz für eine verstärkten Berücksichtigung ökologischer Werte bei § 251 Abs. 2 S. 1 BGB	173
a.	Kommentierung des Stimmungsbildes in Rechtsprechung und Literatur	173
b.	Billigkeit und Grundgesetz	178
3.	Das UmweltHG als Motor eines Wertewandels im Schadensrecht	180
a.	Details zum Regelungsgehalt und Normzweck von § 16 UmweltHG	180
b.	Vergleich mit § 32 Abs. 7 GenTG	182
c.	Rückgriff auf die § 16 UmweltHG zugrundeliegende Wertung	183
aa.	Grundsatzcharakter versus Überflüssigkeit	183
bb.	Analogie?	184
4.	Ergebnis	186
V.	Aufbau eines beweglichen Systems zur Gestaltung des Haftungsumfangs und zur Bestimmung der Grenzen des Naturalersatzes bei ökologischen Beeinträchtigungen	187
1.	Problemeinführung	187
2.	Kriterien zur Bestimmung der Unverhältnismäßigkeit	189

a.	Annäherung an das Verkehrshaftpflichtrecht	189
b.	Wertzuweisung im Baumschutzrecht	191
c.	Ex post - Bestandsaufnahme und Nachsicht	192
d.	Vorstellung eines Drei-Stufen-Modells	193
3.	Aufspaltung der Restitutionskosten	197
4.	Ergebnis	198
VI.	Verhältnis von § 16 UmweltHG zu § 5 UmweltHG	200
VII.	Zweckgebundene Verwendungspflicht des geschuldeten Geldbetrags ..	201
1.	Dispositionsfreiheit des Geschädigten als Ausgangsbasis	201
2.	Problemstellung	203
3.	Oftmalige Irrelevanz des Disputes	204
a.	Bezugnahme auf Kfz-Schadensregulierung	204
b.	Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	205
c.	Fortgeltung der Präventionswirkung	206
4.	Plädoyer für generelle Zweckgebundenheit bei ökologischen Schäden	206
a.	Anlehnung an das Rating zum Ersatz von Körperschäden ..	207
b.	Übernahme der § 16 UmweltHG innewohnenden Wertung ..	210
aa.	Lesart	210
bb.	§ 16 UmweltHG als Maßstab für eine Umorientierung im Schadensrecht	211
5.	Sittenwidrigkeitsverdikt für Vergleichsvereinbarung	212
a.	Schreckensvision	212
b.	Sonderfall der Bodenverunreinigung	213
c.	Zur Kreation einer umweltbezogenen Sittenwidrigkeit	213
6.	Ergebnis	216
D.	Zur Überbewertung der Monetarisierungsproblematik im Rahmen des § 251 BGB	217
I.	Allmählicher Wandel des Vermögensverständnisses	217
II.	Das Kompensationsprinzip als sekundäre Form des Schadens- ausgleichs	218
III.	Das Mysterium der geldlichen Bemessung von Umweltgütern	219
1.	Von der Hilflosigkeit der Rechtsgelehrten	219
2.	Zur Apodiktik des Idealbilds einer vollständig monetarisierten Umwelt	221
a.	Ethischer Einwurf	221
b.	Vom Mißstand ökonomischer Unwägbarkeiten und Sack- gassen	223
3.	Die Flucht in Vermutung und Pauschalisierung	226
a.	Schadensschätzung	226
b.	Anlehnung an Methodik der naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe	229
aa.	Parallelen zum zivilrechtlichen Schadensersatz	229
bb.	Zum Taxationsmodell des Freistaates Sachsen	230

	c.	Bewertung anhand fiktiver Herstellungskosten	231	
IV.		Reizthema Umweltökonomisierung als Scheinproblematik	233	
	1.	Monetarisierung des Wertes von Bäumen nach der „Methode Koch“	233	
		a.	Kostensatz für Teilerstellung iSv. § 249 S. 2 BGB	234
		b.	Ausgleich der Wertdifferenz des geschädigten Grundstücks über die weiteren Herstellungskosten	234
		c.	Regulativ der Funktionsbestimmung	235
	2.	Vergegenwärtigung des ökologisch orientierten Restitutionsver- ständnisses und des Präventionsprinzips	237	
		a.	Zwangsläufige Restitutionsvorstellung	237
		b.	Mobilisierung des Präventionspotentials	239
V.		Irritationen und Fehldeutungen im Kontext mit § 16 UmweltHG	241	
	1.	Analoge Anwendung von § 251 Abs. 2 S. 1 BGB unter dem Einfluß von § 16 UmweltHG?	241	
		a.	Argumentation von <i>Salje</i>	241
		b.	Eigene Stellungnahme	242
	2.	Anschluß von § 16 UmweltHG an die bereicherungsrechtliche Haftung?	244	
		a.	Argumentation von <i>Bälz</i>	244
		b.	Eigene Stellungnahme	244
VI.		Ergebnis	246	

E. Exkurs: Ökologische Veränderungsprozesse und rechtspolitischer Ausblick
. 247

I.	Zur Dringlichkeit des Handlungsbedarfs im Naturschutz	248	
II.	Europarechtliche Perspektiven	250	
	1.	Europaratskonvention	250
	2.	Grünbuch	251
	3.	Weissbuch	251
III.	Nationale Aussichten: Vom Wunschtraum eines Umweltgesetzbuches .	253	
	1.	Zum Entwurf der Professorenkommission	253
	2.	Zum Entwurf der Sachverständigenkommission	255
IV.	Zur Zukunft des UmweltHG	256	

F. Werbung für eine Ökologisierung des Schadensrechts 258

I.	Innovationen und Richterrecht	259		
II.	Stützen für die Nutzbarmachung des Schadensrechts für den Natur- und Umweltschutz	260		
	1.	Vorbildfunktion anderer Regelungsbereiche	260	
		a.	Ökologiefreundliche Nachbarrechts-Justiz	260
		b.	Sonstige Umweltjudikate	263
	2.	Öffnung der schadensrechtlichen Schleusen	264	
		a.	Verändertes Umweltbewußtsein und Haftungsausdehnung . .	264

b.	Ausstrahlungswirkung von § 16 UmweltHG	267
G.	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des dritten Teils der Arbeit	269
I.	Erweiterung der individuellen Zuordnung von Umweltgütern	269
II.	Ökologische Betrachtungsweise der Naturalrestitution	270
III.	Modifizierung von § 251 Abs. 2 S. 1 BGB bei Umweltbeeinträchtigungen	272
1.	Verstärkte Gewichtung des ökologischen Gedankens	272
2.	Drei-Stufen-Modell	273
IV.	Zweckgebundene Mittelverwendung	275
V.	Klassifizierung von Umweltschäden als Vermögensschaden i.S.v. § 251 Abs. 1 BGB	276